

**An die Mitglieder
Ausschusses für Soziales,
Gleichstellung und Integration**

nachrichtlich:

**CDU-Kreistagsfraktion
SPD-Kreistagsfraktion
GRÜNE-Kreistagsfraktion
FDP-Kreistagsfraktion
LINKE-Kreistagsfraktion
AfD-Kreistagsfraktion
Gruppe im Kreistag FUW / Piraten
Einzelabgeordnete**

**3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am Donnerstag,
den 05.02.15**

hier: Nachsendung von Sitzungsunterlagen

Bezug: Meine Einladung vom 26.01.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Nachgang zu meiner Einladung vom 26.01.15 anlässlich der o. g. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration übersende ich Ihnen noch nachfolgende Sitzungsunterlagen:

Öffentlicher Teil

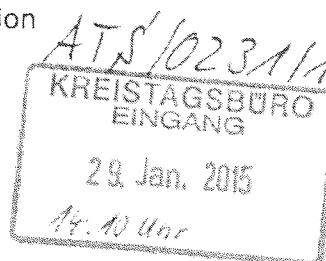
- **Anlage 1 A zu TOP 2:
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Weiterführung der Schulsozialarbeit
hier: Ergänzungen zum bereits versandten Antrag vom 21.01.15**

Mit freundlichen Grüßen

**(Schwaebe)
-Schriftführerin-**

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Soziales, Gleichstellung und Inklusion
Frau Sigrid Leitterstorf
im Hause

nachrichtlich
Fraktionen



29.01.2015

Antrag für die nächste Sitzung des Ausschusses am 05.02.2015
hier: Fortführung der Schulsozialarbeit

Sehr geehrte Frau Leitterstorf,

wir beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Haushaltsberatungen ein Konzept zur Fortführung der Schulsozialarbeit und deren Finanzierung vorzulegen.

Zudem erbitten wir uns zur Sitzung des Sozialausschusses am 05.02.2015 einen detaillierten Bericht der Aktivitäten des Landrates in der o.g. Angelegenheit seit dem 17.12.2014.

Begründung:

Für die SPD-Kreistagsfraktion steht außer Frage, dass die wichtige Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die in Verbindung mit dem Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) eingestellt wurden, fortgesetzt werden muss. Das Land Nordrhein-Westfalen ist den Kommunen trotz der bekannt schwierigen Haushaltslage finanziell weit entgegengekommen, in dem es (für den Rhein-Sieg-Kreis) eine 60-prozentige Finanzierung der Schulsozialarbeiter-Stellen zugesagt hat. Dies wurde auch von den kommunalen Spitzenverbänden gewürdigt und anerkannt.

Nun muss auch der kreisangehörige Raum alle Kräfte bündeln, um eine Weiterführung der Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Wir haben Sie daher bereits mit Schreiben vom 17.12.2014 gebeten, sich mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Verbindung zu setzen, um in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein Konzept für eine flächendeckende Fortführung zu erarbeiten. Insbesondere soll durch dieses Konzept sichergestellt werden, dass auch in Nothaushaltskommunen bei entsprechendem Bedarf weiter Schulsozialarbeit stattfinden kann.

Insbesondere ist bei der Erstellung des Konzeptes zu prüfen und zu erörtern

- a) ein Entgegenkommen der Kommunalaufsicht hinsichtlich einer Anrechnung der Aufwendungen für Schulsozialarbeit auf das zulässige Kontingent an freiwilligen Leistungen bei Nothaushaltskommunen. Denn nur so wäre eine Fortführung auch für finanzschwache Städte und Gemeinden realistisch.
- b) eine ggf. anteilige Mitfinanzierung des Eigenanteils durch den Kreis. Erörtert werden sollte insbesondere das im Oberbergischen Kreis praktizierte Modell, nach dem für die Kreisjugendamts-Kommunen eine Finanzierung über den Kreis und eine Abrechnung über die Jugendamtsumlage erfolgt.

Die SPD-Kreistagsfraktion ruft in Erinnerung, dass der Kreis rund 2,5 Millionen Euro, die der Bund 2011 für das BuT-Paket zur Verfügung gestellt hatte und die nicht verbraucht wurden, in den allgemeinen Haushalt überführt hat.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dietmar Tendler, Folke große Deters, Harald Eichner und Fraktion

i.A.

